

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.
Gesamtnummer 25 241.
Preis für Nachdrucke: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage über durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 14,- M., vierfachjährlich 42,- M.

Zu einem preiswerten Preis sind Zeitungen, Anzeigen unter
Siedlung, Wohnungswirtschaft, Handel, Dienstleistungen, Werbung für "Schriftsteller und
Künstler", für "Wissenschaft und Kultur", für "Bücher und Schriften", für "Gesellschaften und
Organisationen", für "Sportvereine", für "Gesundheit und Erholung", für "Gesundheitsberufe" und
für "Gesundheitswesen".

Schriftsteller und Künstler:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Weidner in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. — Inserierte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS
Weltmarke.

Wolfframm

Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

FLÜGEL.
Weltmarke.

Neue Schadenerhöhungsansprüche Frankreichs.

1 1/4 Milliarde Franken.

Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".
Genf, 18. März. Wie das Pariser "Echo" meldet, sind
der Reparationskommission nachträgliche Anmeldungen
aus der zerstörten französischen Zone von insgesamt
1 1/4 Milliarde Franken zugegangen, über die die
Reparationskommission zurzeit mit dem französischen
Finanzministerium verhandelt.

Ein deutscher Bericht an die Reparationskommission.
Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".

Genf, 18. März. Der "Tempo" meldet: Der Reparationskommission ist ein Bericht der deutschen Regierung zugegangen, wonach im Jahre 1922 nach dem Budgetvorantrag die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Der defizitäre Betrag sei beseitigt. (?)

Die deutschen Barzahlungen bleiben unverändert.
Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".

Rotterdam, 18. März. Die "Times" meldet aus Paris: Das Ergebnis der Finanzministerkonferenz ist, daß die Beschlüsse von Cannes unverändert bleiben. Die Höhe der deutschen Barzahlungen bleibt 720 Millionen Goldmark. Das Moratorium hält aber noch seiner Erledigung.

Die Meinung der Pariser Presse.
Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".

Basel, 18. März. Die "Basler Nachrichten" melden aus Paris: Die gesamte Pariser Presse beurteilt die Entscheidung der Finanzminister sehr ausdrücklich. "Tempo", "Maitre" und "Journal" schreiben, daß die in Aussicht genommene Anleihe solange in der Luft hängt, bis Amerika sich zur Teilnahme herabläßt. Da das aber zurzeit ganz ausgeschlossen ist, bleiben auch die Beschlüsse über die Verteilung der eventuellen Anleihe nur akademische Erörterung ohne unmittelbaren Erfolg.

Eine weitere Forderung Amerikas.

Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".
Paris, 18. März. Die "Chicago Tribune" meldet: Außer den von Amerika als Belastungskosten verlangten 241 Millionen Dollar würde demnächst eine Rechnung über 23 Millionen Dollar für die Unterhaltung der

amerikanischen Truppen vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 überreicht werden.

Genf, 18. März. Der "Tempo" meldet: Die amerikanische Forderung nach einer Teilzahlung von 241 Millionen Dollar Belagungsfesten ist auf die Lageordnung der nächsten Sitzung des Obersten Rates gelegt, die kurz nach Genf stattfindet. Bis dahin bleibt es bei dem Verteilungsschlüssel, der auf der Finanzministerkonferenz aufgestellt worden ist.

Zusammensetzung der alliierten Außenminister in Paris.

Paris, 18. März. Die Konferenz der alliierten Außenminister zur Verteilung der Orientfrage tritt nach dem nunmehr festgelegten Programm in Paris zusammen. (wt.)

Die Ansicht der Londoner Börse über den Marktlurz.

Eigner Druckbericht der "Dresdner Nachrichten".
London, 18. März. Den Anlegerleuten an der Börse sind die fortwährenden starken Schwankungen der deutschen Mark, die jedesmal mit einem weiteren Sinken nach unten enden, nicht anders erkläbar, als daß die erheblichen Ausfälle fremder Banken, welche die Reichsbank vornehmlich machen, um die zehntägigen Entnahmen zu begrenzen, daran, baran, die Schulden tragen. Die Aussichten für Genf sind für Deutschland nicht schlecht oder besser geworden, als sie von Anfang an waren. Der drohende Rücktritt Lindt Georges könnte diese Rückwirkung auf die deutsche Wirtschaft nicht haben, sondern hätte sich eher bei den englischen zeigen müssen. Die innere Lage Deutschlands bietet nicht die geringste ungünstige Veränderung; eher dürfte eine Befreiung vor etwa zehn Tagen, als die Schwankungen eingeschränkt, festzustellen gewesen sein, da Deutschland im Januar einen Ausfuhrüberschuss von 1,7 Milliarden hatte. Während des Eisenbahnenstreiks und der daraus folgenden drohenden Regierungskrise blieb die Mark konstant. Die heutigen Ursachen, die merkbar an der Börse von Berlin ihren Ursprung finden, lassen also nur auf die Ausfälle schließen, welche die Entschuldigungszahlungen erfordern. Wenn man ein Jahr zurückblickt, so findet man diese Ursache bestätigt, daß nach jeder deutschen Zahlung die Markwährung nachließ. Die zunehmende Tendenz in Deutschland wird die Lage noch ungünstiger gestalten.

Die Streikunruhen in Südafrika.

Pretoria, 18. März. Eine amtliche Bekanntmachung kündigt den Beginn der gegen die Revolutionäre der mittleren, westlichen und östlichen Gegend vorgezogene Operationen an. Dieselben werden durch Flugzeuge unterstützt, die an den Kampfen teilnehmen und auch die von den Streitenden eingeschlossenen Posten mit Lebensmitteln versorgen. Im Bezirk von Brighton hatten die Aufständischen zwei Polizeimadronen eingeschlossen, die tapferen Widerstand leisteten. Die Eingeschlossenen wurden schließlich durch einen Handgranaten-Angriff befreit, der den Aufständischen große Verluste anfuhr. Zahlreiche Aufständische wurden gefangen genommen. Eine Abteilung von 500 Mann, die die Eisenbahnhäfen bei Rostfontein aufgerissen hatte, wurde ebenfalls besiegt. Auch bei den Kampfhandlungen in Brighton Bridge hatten die Aufständischen schwere Verluste und verloren 1500 Gefangene. Dieser Sieg der Streitkräfte der Regierung wird für wichtig angesehen. (W. T. B.)

Kämpfe um Johannesburg.

Johannesburg, 18. März. Nach hier vorliegenden ausführlichen Meldungen haben die Streitenden aus dem südafrikanischen Landgebiete am Sonnabend den Angriff auf Johannesburg selbst begonnen. Sie haben die Stadt nunmehr von drei Seiten eingeschlossen und es kam zu äußerst heftigen Kämpfen. Die Regierungstruppen sollen allerdings ihre Stellung immer noch halten. Die Verluste für das gesamte Landgebiet werden auf über 200 Tote und annähernd 1000 Verwundete geschätzt. Nach weiteren Meldungen scheint es, daß Johannesburg von der Aufständischen vollständig abgeschlossen ist. Sämtliche Flugzeuge sind jetzt mit Bomben ausgerüstet worden, um gegen die Aufständischen verwendet zu werden.

Rücktritt der griechischen Regierung.

Athen, 12. März. Nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage erklärte der Ministerpräsident Gunarits, das Ergebnis der Abstimmung zwinge die Regierung zurückzutreten. Er bitte die Nationalversammlung, ihre Arbeiten bis zur Bildung des neuen Kabinetts zu unterbrechen. (W. T. B.)

Ein Bombenanschlag auf die amerikanische Gesandtschaft in Sofia.

Sofia, 18. März. Sonnabend abend 8 Uhr warf ein Unbekannter gegen das Gebäude der amerikanischen Gesandtschaft eine Bombe. Die Explosion verursachte nur geringe Sachschäden. Aus dem Umstande, daß das Attentat zu einer Zeit verübt wurde, zu der sich im Gesandtschaftsgebäude niemand aufhielt und das Haus nicht einmal beleuchtet war, wird gefolgert, daß der Täter nicht einmal die Absicht hatte, Menschenleben zu tödigen.

Zum Entwurf einer neuen Gemeinde- Ordnung für Sachsen.

Im Ministerium des Innern wird aufgezeigt, in dem neben anderen Fragen vor allem die Form der künftigen Gemeindeverfassung geregelt wird. Die verschiedenen Gruppen der Gemeinden sind an den einzelnen Fragen des Entwurfs in ganz verschiedenem Maße interessiert. Natürlich haben die Landgemeinden z. B. an der Frage der Raatsverfassung oder Bürgermeisterverfassung wie daselbe Interesse wie die revidierten Städte und namentlich die Großstädte, während die bezirkssitzeten Städte von der Bildung der sogenannten Gemeindesiedlungen über der Kommunalisierung der Amtshauptmannschaften mehreren weniger berührt werden und die große Menge der revidierten Städte ganz besondere Wert auf ihre künftige Stellung gegenüber der Amtshauptmannschaft legt.

Um die Stellung der bezirkssitzigen und bezirkshöchboregen revidierten Städte zur Frage der Raats- und Bürgermeisterverfassung einwandfrei zu lernen und für die Vorberatung des Gesetzes im Ministerium wie für die kommenden Verhandlungen im Landtag eine Grundlage zu schaffen, traten am Sonnabend gegen 250 Vertreter der sämtlichen Städte im Saale des Künstlerhauses zusammen. Bei der Zusammenziehung dieser Versammlung war von Seiten der Verantwörter darauf Wert gelegt worden, daß sowohl die Anhänger als auch die der politischen Parteien zum Ausdruck gelangten. Es nahmen deshalb von jeder Stadt teil der Bürgermeister und je zwei weitere dem Stadtrat oder Stadtverordnetenkollegium angehörige Vertreter, bei deren Abordnung nach dem Wortlaut der Einladung auf das bestehende Verhältnis in der politischen Zusammensetzung der Kollegen in einzelnen Städten Rücksicht genommen werden sollte. Für Städte über 50 000 Einwohnern entfiel für je 100 000 Einwohner mehr ein weiterer Vertreter. Es sollte damit erreicht werden, daß wo nicht überwiegende Mehrheiten der bürgerlichen oder der sozialistischen Parteien in einer Stadt vorhanden waren, zunächst ein Vertreter beider Richtungen anwesend ist. Diese Grundlage sind bis auf wenige Ausnahmen von den beteiligten Städten eingehalten worden. Eine bei Beginn der Sitzung gewählte paritätisch zusammengesetzte Kommission, die die Legitimationen prüft, schlug trotz dieser Verhältnisse vor, von Bezeichnungen abzusehen, da sie voraussichtlich auf das Abstimmungsergebnis ohne Einfluß sein würden. Die Versammlung stimmte dem zu, nachdem ein bürgerlicher Stadtverordneter gegen die vorgeladenen Vergewaltigungen andrücklich protestiert hatte. Stimmberechtigt waren daran 58 Bürgermeister und bevolkte Stadträte, sowie 186 Gemeindevertreter (insbesondere Stadträte und Stadtverordnete); von letzteren waren 72 bürgerlich, 88 sozialdemokratisch (E. P. D., U. S. P., R. P. D.).

Als Referenten sprachen Oberbürgermeister Dr. Käflitz und Bürgermeister Häßig-Nadeberg. Aufgestellt waren folgende

Leitsätze.

Über die eine eingehende Aussprache unter Beizügern von Vertretern der verschiedenen Parteirichtungen hielten:

I. Eine einheitliche Verfassungsform für alle Gemeinden ist nur möglich, wenn sie für beiderseitige und den verschiedenen Gemeindegruppen landes- und ortsgleichlich freiheitlich für die Verstärkung ihrer besonderen Verhältnisse gewährleistet.

II. Die Staatsaufsicht in den sogenannten eigenen Gemeindeangelegenheiten ist auf das Mindestmaß zu beschränken, d. h. auf die Wahrung der geistlichen Vorrechten und Erfüllung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen der Gemeinden. Ihre Ausübung ist solchen Stellen zu übertragen, in denen die mögliche Mitarbeit erfahrener Gemeindevertreter gewährleistet ist. Die Staatsaufsicht der Amtshauptmannschaften über die derzeitigen Siedlungen mit der Ziellösung ist abzulehnen.

III. Für die Form der Gemeindeverfassung in jeder Gemeinde die Wahl freiwilligen zwischen

1. dem Magistratsystem mit der Abänderung, daß bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Staat und dem Stadtverordneten den letzteren die ausschlaggebende Entscheidung automatisch vorbehältlich der Regelung im einzelnen;

2. dem sogenannten Bürgermeisterverfassung;

3. hinsichtlich der Einzelheiten ist der ortsgleichlichen Regelung durch die Gemeinden möglichst Freiheit zu lassen;

4. eine Abänderung der angenommenen Gemeindeverfassung ist nur mit einer qualifizierten Mehrheit möglich.

IV. Das Ausscheiden der größeren Gemeinden aus den Bezirksverbänden ist zu erleichtern; die Möglichkeit des Zusammenflusses benachbarter Ortschaften ist weitgehend zu fördern.

V. Mit der Gemeindeordnung sind, falls nicht diese bestimmt in der Gemeindeordnung selbst geregelt werden, gleichzeitig vorzulegen Gesetze

1. über Gemeindewahlrecht und Gemeindewahlverfahren,